Redaktion und Verlag
von R. Hahn, Kirchplatz Nr. 3.
Druck der Graßmann'schen Buchdruckerei.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 95. 6 Abendblatt. Freitag, den 26. Februar 1869.

Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus.

17. Plenarsitzung vom 25. Februar.

Der Präsident Graf zu Stolberg-Wernigerode eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Am Ministertische Justizminister Dr. Leonhardt und einige Regierungs-Kommissare.

Der Präsident theilt mit, daß neben einigen andern Gesetzentwürfen der Gesetzentwurf, betreffend die Juristenprüfungen vom Abgeordnetenhause, eingegangen ist.

Sodann wird zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Der erste Gegenstand betrifft den Gesetz-Entwurf über die Eide der Juden. Der Berichterstatter Graf Rittberg bittet, den Antrag der Kommission, welcher dahin geht, dem Gesetzentwurfe in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung die gesetzmäßige Zustimmung zu ertheilen, anzunehmen.

Baron Senfft v. Pilsach findet es richtig, daß die Juden einen sehr großen Respekt vor dem Eide haben, daß sie eher Schaden leiden, als schwören. Er meint, es müssen im Allgemeinen neue Bestimmungen gegeben werden. Der Gesetzentwurf vom Jahre 1861 sei ein ganz anderer und besserer gewesen, als der jetzige. Die Vorlage scheint nur für wenige Menschen in der Monnrchie Interesse zu haben, sie tritt unserer ganzen Eidesorganisation entgegen. Redner meint, daß die Vorlage des Dr. Kosch sehr viele wöhlthätige Anordnungen enthielte, die die beschlossene Fassung zerstört. Den Judeneid hat man unstreitig von den Jud.n gelernt, der Redner weist hin auf die uralte Fassung: Ich schwöre beim lebenden Gott, und wie die Sache jetzt steht, wolle man die Juden zwingen, einen verstümmelten Christeneid anzunehmen, das könne man den armen Juden nicht zumuthen. Wollte man dieses Gesetz annehmen, so würde man jeden Christen zurücksetzen. Der Redner findet überhaupt Alles, was die jüdischen Ceremonien lächerlich macht, höchst ungerechtfertigt und meint, die neue Vorlage thut dies für jeden ernsten mosaischen Bekenner. Er meint, daß die ernsten Ceremonien sehr oft vom Meineide abhalten, die sonst in weit größerer Menge geschworen werden und bittet, die Vorlage abzulehnen. Herr v. Bernuth will endlich einmal diesen Punkt von der Tagesordnung getilgt wissen. Er weist auf das Referat des Herrn Berichterstatters von Rittberg. Er meint, daß, wenn Rußland und sogar Mecklenburg diese Formalitäten abgeschafft, dies auch in Preußen geschehen müsse, und bittet, den Gesetzentwurf im Interesse der Toleranz und im Interesse der Gerechtigkeit gegen die Juden anzunehmen.

Reg.-Komm. Geh. Justizrath Herzbruch widerlegt dem Herrn v. Senfft, daß die Juden einen verstümmelten Christeneid leisten müßten und empfiehlt die Vorlage.

Justizminister Dr. Leonhardt erklärt, daß er zuerst mit der Vorlage des Dr. Kosch nicht einverstanden gewesen sei, daß der Entwurf aber in der Kommission des Abgeordnetenhauses eine Fassung erhalten, in welcher er durchaus empfehlenswerth sei.

Bei der Spezialdiskussion ergreift bei §. 1 von Senfft das Wort. Er ist dem Herrn v. Bernuth sehr dankbar, daß er die Ceremonien bei der Eidesleistung so beleuchtet habe. Er meint, die übrigen Herren haben sich wenig mit der jüdischen Theologie befaßt (Heiterkeit), da könne man sehen, daß mancher jüdische junge Mann, statt am Schabbes in die Synagoge zu gehen, in die Börse geht. (Heiterkeit.). Wenn Sie die Vorlage annehmen, befördern Sie dergleichen. Sie wollen dem armen Juden die Feierlichkeit des Aktes in seiner Synagoge nehmen und ihn in die dumpfe Gerichtsstube sperren, in der Gerichtsstube stehe allemal ein Kruzifix und das verletzt das religiöse Gefühl.

v. Thaden spricht aus seiner Erfahrung, daß kein Jude den Eid bei seinem Gott falsch schwören würde. Nach einigen persönlichen Bemerkungen werden die §§. 1, 2, 3, 4 und somit das ganze Gesetz angenommen.

Der folgende Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der Justizkommission über den Entwurf einer Subhastationsordnung. Berichterstatter Graf zur Lippe bittet, im Sinne des Kommissionsantrages, dem Entwurfe in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen; das Amendement des Dr. Dernburg, dahin lautend: Die Beschlagnahme hindert den Subhastaten nur an solchen Verfügungen, welche in der Absicht geschehen, die Gläubiger nicht zu benachtheiligen, hält er für zu unwichtig. Dr. Dernburg dagegen setzt die Nothwendigkeit dieser Erweiterung des §. 9 auseinander und empfiehlt seinen Antrag.

Herr v. Schlieckmann empfiehlt, das Gesetz en bloc anzunehmen und meint, es würden durchaus keine Uebelstände eintreten, wenn man das Amendement Dernburg fallen lasse.

(Der Minister v. Selchow ist eingetreten.)

Reg.-Kom. Geh. Justizrath Falk glaubt, daß der Inhalt der Vorlage im Großen und Ganzen vom Hause gebilligt werde und meint, es sei keine Aenderung nothwendig, die Regierung habe Alles vorher bedacht. Es handelt sich um ein altes Recht und würden sich früher schon Mißverhältnisse herausgestellt haben, wenn diese Verbesserung nothwendig wäre.

Herr v. Dernburg zieht sein Amendement zurück.

Ueber das ganze Gesetz wird auf Antrag des Herrn v. Schlieckmann im Ganzen ohne Spezialdiskussion abgestimmt und es wird angenommen und die Petition wegen Abänderu g des Entwurfs durch diesen Beschluß für erledigt erachtet.

Der folgende Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der Justizkommission über den Gesetzentwurf betr. die Anstellung im höheren Justizdienst. Berichterstatter Herr Bloemer empfiehlt den Kommissionsvorschlag, dem Gesetzentwurf in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen, anzunehmen. Diesem Wunsche schließt sich der Justizminister an, worauf die Vorlage ohne Spezialdiskussion angenommen wird.

Der folgende Gegenstand der Tagesorduung ist der Kommissionsbericht über den Gesetzentwurf betreffend die Ausstellung gerichtlicher Erb-Bescheinignngen. Der Berichterstatter Herr Denhard schließt sich dem Kommissionsantrage an, dem Entwurfe in der von dem Hause der Abgeordneten beschlossenen Fassung die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen. Dies geschieht ohne weitere Diskussion. Der fünfte Gegenstand ist der mündliche Bericht der Kommission über den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Konkursordnung vom 8. Mai 1855. Die Kommission beantragt diesen Entwurf in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung anzunehmen. v. Bernuth als Referent empfiehlt diesen Antrag und die Vorlage wird ohne Diskussion angenommen.

Desgleichen wird die Petition aus Breslau, einige Bestimmungen der Konkursordnung zu ändern, für erledigt erachtet.

Der sechste Gegenstand ist der mündliche Bericht der Budget-Kommission über die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalts-Etat von 1865. Der Berichterstatter Graf v. Seherr-Thoß tritt dem Antrage der Kommission bei, die Entlastung der Königlichen Staatsregierung in Bezug darauf, sowie in Bezug auf die Verwaltung des Staatsschatzes für dasselbe Jahr auszusprechen. Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Ein Antrag auf Vertagung wird angenommen und die Sitzung um 4 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. Tagesordnung: Rest der heutigen.

Abgeordnetenhaus.

Siebenundfünfzigste Sitzung vom 25. Februar.

Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Am Ministertische: Graf Itzenplitz und mehrere Regierungs-Kommissare.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlußberathung über den Gesetzentwurf, betreffend das Civilprozeß-Verfahren im Geltungsbereiche der Verordnung vom 24. Juni 1867.

Der Berichterstatter Abg. Bähr (Kassel) empfiehlt die Annahme des Gesetzentwurfs mit einem Zusatz zu §. 2, betreffend das Verfahren über Abtretungen zu öffentlichen Zwecken und zu Eisenbahnen.

In der Generaldiskussion erhebt Abg. v. Seydewitz allgemeine Bedenken gegen den Gesetzentwurf, welche er auf die Kollision desselben mit der bevorstehenden Bundesgesetzgebung über das Civilprozeß-Verfahren stützt. Demnächst rechtfertigt der Redner eine Reihe von ihm eingebrachter Amendements.

Der Reg.-Komm. Geh. Justizrath Horstmann erwidert, daß die Regierung es wohl erwogen habe, ob die Vorlage die Arbeiten der Prozeß-Kommission antizipire, daß sie sich aber überzeugt habe, daß dies nicht der Fall sei. Die Regierung sei nur bestrebt gewesen, den vielfachen Beschwerden Abhülfe zu schaffen.

Abg. Gleim empfiehlt die Annahme der Vorlage und Ablehnung aller Amendements im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes. Bis dat qui cito dat. — Abg. Braun (Hersfeld) empfiehlt gleichfalls die Annahme der Vorlage, worauf die General-Diskussion geschlossen wird.

Bei der Spezialberathung werden nach längerer Diskussion sämmliche vom Abg. v. Seydewitz gestellten Amendements abgelehnt, resp. zurückgezogen und der Gesetzentwurf in der vom Referenten vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlußberathung über den Antrag des Abg. Berger (Witten), betreffend den Bau einer festen Brücke bei Tilsit 2c.

Die Referenten Abgg. Miquel und v. Wedell beantragen, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen: „Die Staatsregierung aufzufordern, in dieser oder in der nächsten Session des Landtags einen Gesetzentwurf über den Bau einer festen Brücke bei Tilsit und einer Eisenbahn von Memel nach Tilsit zum Anschluß an die Tilsit-Insterburger Bahn dem Landtage vorzulegen."

Die Abgg. Heyse, v. Sybel und v. Zander beantragen folgenden Zusatz: „Dafern die Verwaltung und der Betrieb der Tilsit-Insterburger Bahn dauernd der Staatsregierung übertragen sein wird."

Der Referent Abg. Miquel hebt zunächst hervor, daß er erhebliche Bedenken gehabt habe, die Staatsregierung zum Bau einer Eisenbahn aufzufordern, doppelte Bedenken in einem Augenblicke, wo man mit einem Defizit wirthschafte. Nichts desto weniger sei die Sache so angethan, daß man von diesen Bedenken absehen müsse. Einmal liege bereits ein Beschluß des Hauses in dieser Beziehung vor, der eine dieses Projekt betr. Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwies. Aber auch erhebliche materielle Gründe sprächen für die Annahme des Antrages. Es handle sich hier um die Herstellung einer organischen Verbindung eines thatsächlich abgetrennten Landestheils mit der Monarchie. Es sei die Pflicht eine solche Verbindung herzustellen. (Sehr richtig!) Auch die geographische Lage des Landestheiles und das militärische Interesse fordern zur Annahme des Antrages auf. Der Handels-, wie der Finanzminister hätten bereits Zusicherungen nach dieser Richtung hin gegeben. Der Redner erörtert demnächst die Steuerverhältnisse der Stadt Memel und folgert daraus, daß der Mangel an Verkehrsmitteln einen merklichen Nothstand hervorgerufen habe, so daß Handel und Wandel und Wohlstand im Rückgang sei. Der Kaiser von Rußland habe die Genehmigung zum Bau einer Bahn von Kowno nach Libau ertheilt und was es heiße, den Handel und Wandel wieder zu gewinnen, der sich einmal fortgezogen habe, das werde Jeder wissen. (Sehr richtig!) Der Bau der Bahn sei also ein wirklicher Nothstand und so dringend, daß er heute oder morgen begonnen werden müsse. Er bitte die Finanzmänner, ihre trockenen Bedenken dieser Lage gegenüber hintenan zu setzen. (Beifall.)

Handelsminister Graf Itzenplitz: Ich kann dem Herrn Referenten nicht genug danken für seinen Vortrag, ich kann versichern, er hat mir Wort für Wort aus der Seele gesprochen. Ich habe mich bemüht, die Bahn ins Leben zu rufen, bin aber gescheitert an der Lage unserer Finanzen. Nachdem ich in diesem Hause und auch anderweit vernommen habe, daß jetzt wohl Aussicht vorhanden wäre, die Bahn als eine Staatsbahn zu bauen, so halte ich es für wünschenswerth, daß dieser Weg verfolgt wird, und ich habe das Mögliche gethan, um die Sache zu fördern. Ich kann sagen, daß meine Ansicht auch die des ganzen Staatsministeriums ist. Ich bin also auch mit dem Antrage des Referenten ganz vollkommen einverstanden und gebe mich der Hoffnung hin, daß demgemäß prozedirt werden kann. Mit Rußland liegt indessen die Sache nicht so übel, wie der Referent sie dargestellt; die Konzession für die Bahn Kowno-Libau ist noch nicht ertheilt, der Garantiepunkt noch nicht erledigt. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Bahn, sobald die Finanzlage es erlaubt, und zwar als Staatsbahn gebaut wird. (Beifall.)

Abg. v. Bähr erklärt sich gegen den Antrag, weil der Staat schon zu viel Eisenbahnschulden habe. Er beantragt, im Eingange zu setzen: „soweit die Finanzlage es gestatte".

Abg. Heise rechtfertigt seinen Antrag. Bei so großen politischen Maßnahmen, wie hier eine solche vorliege, können finanzielle Bedenken nicht in Betracht kommen. Die Nothwendigkeit liege vor, weil die Konkurrenz der russischen Bahn eintrete; denn wenn es auch wahr sei, was der Handelsminister gesagt habe, so wisse er doch bestimmt, daß man sich in Rußland sehr ernst mit der Sache beschäftige, und man wisse, daß wenn Rußland nicht zugreife, Preußen bestimmt zugreifen werde. Dies sei also ein dringender Grund, so bald wie möglich vorzugehen. Sein Antrag wolle, daß eine Staatsbahn gebaut werde, die hier recht eigentlich am Platze sei. (Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen und es erhält das Wort der Antragsteller

Abg. Berger (Witten). Derselbe hält sich für verpflichtet, anzugeben, wie er, ein Abgeordneter aus den westlichen Provinzen, dazu komme, diesen Antrag zu stellen. Im ganzen Gebiete des preußischen Staates befinde sich nirgendwo ein Landestheil, der der Eisenbahn so dringend bedürfe, als dieser, und deshalb habe er sich verpflichtet gehalten, den Antrag zu stellen, zumal seine Heimath mit Eisenbahnen reichlich gesegnet sei. Es gebe ein Sprichwort: noblesse oblige und so sage er: richesse oblige. Der Redner bittet den Handelsminister, daß dieser den Finanzminister auffordern möge, einmal in den nächsten Jahren für ihn weniger warmes Herz aber mehr Geld zu haben. (Heiterkeit.) Der Antrag v. Bähr schiebe die Sache ad calendas graecas und bitte er um unveränderte Annahme des Antrags der Referenten.

Der Korreferent Abg. v. Wedell empfiehlt gleichfalls die Annahme dieser Anträge, worauf der Handelsminister erklärt, daß er zu Eisenbahnzwecken vor zwei Jahren 24 Millionen und im vorigen Jahre 40 Millionen verwendet habe und daß die Beschlüsse des Reichstages und des Zollparlaments dem preußischen Staat nicht die Mittel gewährt haben, in dieser Weise fortzufahren. (Beifall. Widerspruch.)

Nach dieser Erklärung ist die Diskussion wieder eröffnet.

Abg. Schulze (Berlin) protestirt gegen das Verfahren der Staatsregierung, jedes Defizit durch Steuererhöhung zu decken und Ersparnisse für produktive Anlagen nicht zu verwenden. Als er die Absicht, die Bahn auf Staatskosten zu erbauen, vernommen, sei ihm das Zustandekommen des Unternehmens zweifelhaft geworden. Für ein produktives Unternehmen müsse Rath geschafft werden und hier handle es sich um ein solches, dessen Aufschub dasselbe mit jedem Jahre ungünstiger gestalte.

Die Diskussion wird abermals geschlossen und der Antrag der Referenten darauf fast einstimmig angenommen.

Dritter Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlußberathung über den Gesetzentwurf, betreffend die Aufbringung der Kosten der ärztlichen Armenpflege in der Provinz Schlesien, ausschließlich der Ober-Lausitz. — Der Gesetzentwurf wird ohne Diskussion angenommen.

Vierter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Kommissionen für Handel und Finanzen über den Gesetzentwurf, betreffend die Anlage einer Eisenbahn von Finnentrop über Olpe noch Rothe-Mühle im Biggethal.

Die Kommissionen (Berichterstatter Abg. Freiherr v. d. Reck) empfehlen die Annahme des Gesetzentwurfes. — Zu demselben sind verschiedene Amendements gestellt, von denen ein Antrag der Abgg. v. Sybel und Dr. Achenbach dem Gesetzentwurfe eine andere Fassung geben will.

Bei dem Beginne der Berathung dieser Vorlage erklärt sich der Handelsminister mit diesem Amendement v. Sybel und Achenbach einverstanden, indem er die Hoffnung ausspricht, daß durch die Annahme desselben der Bau der Bahn gesichert sei. Auf Theorien komme es hier nicht an, es frage sich nur, ob die Bahn gebaut werden solle, oder nicht, und ob man dem Landestheile zu Hülfe kommen wolle, oder nicht. Die Gegend sei hochgebirgig und arm, sie habe nur unterirdische Schätze, welche man nur heben könne, wenn Kommunikation vorhanden sei. Er habe bei dieser Bahn mit gutem Willen und Selbstverleugnung gethan, was er habe thun können; lehne das Haus die Vorlage ab, so gebe das Land nicht dem Handelsminister, sondern dem Hause die Schuld.

Abg. v. Bender spricht gegen, Abg. Berger (Witten) für die Vorlage, worauf die Berathung vertagt wird.

Abg. Ellissen beantragt abermals, den Ebertyschen Antrag wegen der Kompetenz der Schwurgerichte 2c. auf eine der nächsten Tagesordnung zu setzen. — Der Vorsitzende der betreffenden Kommission Abg v. Bonin (Genthin) erklärt, daß der Referent Abg. Roscher verreist sei. — Abg. Duncker erklärt, daß der Antrag eine große Zahl von Petitionen erledigen solle und daß das Haus, bei dem großen Eifer die Regierungsvorlagen zu erledigen, auch zeigen müsse, daß es nicht taub sei gegen die Beschwerden des Landes. Er beantrage, die Sache am Montag auf die Tagesordnung zu setzen. — Der Antrag, die Angelegenheit auf die morgende Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt.

Schluß der Sitzung nach 4 Uhr. Nächste Sitzung Frritag 10 Uhr. Tagesordnung: Rest der heutigen und Petitionsberichte.

Deutschland.

□ **Berlin,** 26. Februar. In Betreff der Frankfurter Angelegenheit hören wir, daß eine Regelung derselben auf dem Wege des Rezesses in Aussicht zu nehmen ist. — Gestern hat wieder eine Konferenz über die Reform der Kreisordnung mit den Vertrauensmännern des Abgeordnetenhauses stattgefunden. Dieselbe hat 4 Stunden gedauert und es ist in derselben der wichtigste Spezialpunkt, die Zusammensetzung des Kreistags, einer eingehenden Besprechung unterzogen worden. Wie wir hören, finden in den verschiedenen Parteilagern starke Meinungsverschiedenheiten über die wichtigsten Fragen, die in Betracht kommen, statt, und eine Vorlage im Landtage, welcher Art sie auch sein würde, dürfte demnach schwerlich auf die Zustimmung sämmtlicher legislativer Faktoren zu rechnen haben, dies dürfte zugleich das vom Minister eingeschlagene Verfahren der Berufung von Vertrauensmännern vollständig rechtfertigen, da eben auf einem andern als dem eingeschlagenen Wege das Gelingen des Werkes nicht in Aussicht zu nehmen ist. — Zu den Gesetzen, die Aussicht auf das Zustandekommen im Laufe der jetzigen Session haben,

gehört die Städteordnung der Provinz Schleswig-Holstein, da sich die Kommission des Abgeordnetenhauses mit den im Herrenhause gemachten Veränderungen einverstanden erklärt hat und eine Uebereinstimmung der gesetzgebenden Faktoren demnach unschwer zu erreichen sein wird. — Der Umstand, daß der Reichstag am 4. März, also wahrscheinlich noch vor dem Schluß des Landtags, eröffnet werden soll, hat der Presse Veranlassung zu der Bemerkung gegeben, daß die Maßregel eine Härte gegen die Abgeordneten in sich schließe, die zugleich Mitglieder des Landtags und des Reichstags sind, insofern denselben nicht einmal eine kurze Zeit zu einer Reise in die Heimath und zur Erledigung ihrer Geschäfte gegönnt sei. Dies trifft aber insofern nicht zu, als kurz nach Eröffnung des Reichstags die Osterferien eintreten und es schwerlich in der Absicht der betreffenden Abgeordneten liegen dürfte, die Reise in kurzen Zwischenräumen zwei Mal hinter einander zu machen. Vor Allem aber wird der Reichstag und die parlamentarische Session überhaupt um so eher geschlossen werden können, je früher sie beginnt und dies Mal daher nicht wieder bis in die Sommermonate hinein dauern, wie im vorigen Jahre, was Niemanden angenehm sein kann. Mit Rücksicht auf diese Umstände hat das Bundespräsidium die betreffende Entscheidung getroffen. — Die „Rhein. Ztg." beschäftigt sich in Ermangelung eines bessern noch immer mit der angeblichen Ministerkrise. Da nach den Angaben einer hiesigen, nicht eben in besondern Renommee stehenden Korrespondenzfabrik Herr v. Möller als Bedingung seines Eintritts in das Ministerium des Innern zugleich einen Wechsel im Ministerium des Kultus verlangt haben sollte, so wird jetzt zum neuen Kultusminister der Präsident des Oberkirchenraths, Hr. Matthis, gemacht. Daß Hr. Mathis auch nicht der Mann der „Rhein. Zt." ist, mag dahin gestellt bleiben, es mag nur darauf hingewiesen werden, daß diese Skribenten, die ihre Nachrichten immer „aus den höhern und höchsten Regionen" haben wollen, in solchen Fällen ihre Erfindungen nach dem Hofbericht zusammenstellen und immer diejenige Person zum Minister machen, die grade eine Audienz beim Könige gehabt hat. So war es früher mit Herrn v. Möller, so jetzt mit Herrn Mathis. Es fällt diesen beschränkten Köpfen nicht ein, daß diese Audienzen auch andere Ursachen haben können. — Der Magistrat in Berlin wünscht eine Frage, welche für die Kommune und für die Beamten jeder Art Bedeutung hat, zum Austrage zu bringen. Das Gesetz vom 11. Juli 1822, betreffend die Heranziehung der Staatsdiener zu den Gemeindelasten, bestimmt, daß die Beamten von ihrem Diensteinkommen überhaupt nur besteuert werden können, wenn auch der Beitrag der übrigen Einwohner des Orts in der Form einer allgemeinen Einkommensteuer erhoben wird, ferner, daß das Diensteinkommen bei einer solchen Beschatzung nur mit der Hälfte der Steuer belegt werden darf. Der Magistrat hat mit Rücksicht auf die große Zahl der Beamten, welche in Berlin wohnen, und auf die in Aussicht genommene nicht unbedeutende Vermehrung der Kommunal-Einnahmen mit den Staatsbehörden Verhandlungen angeknüpft, um dieselben in Betreff der Haupt-Kommunalsteuer, die Miethssteuer, auf welche das oben angeführte Gesetz angewendet worden ist, für eine andere Auffassung des Gesetzes zu bestimmen. Die Staatsregierung hat aber ihre bisherigen Ansichten aufrecht erhalten, was den Magistrat Berlins veranlaßt hat, in einer Petition an das Abgeordnetenhaus die Frage in seinem Sinne zur Sprache zu bringen. Die Steigerung der Einnahmen durch die volle Heranziehung der Beamten zu der Miethssteuer ist von dem Magistrat auf die jährliche Summe von 34—35,000 Thlr. in dem Gesuche an das Ministerium angegeben. Uebrigens stehen der Auffassung der Staatsbehörden mehre gerichtliche Entscheidungen zur Seite, welche der Miethssteuer ebenfalls den Charakter einer Kommunalsteuer zuerkennen. Ganz unwahrscheinlich ist auch, daß die Petition bei dem bevorstehend nahen Schluß des Landtags noch in dieser Session zur Berathung kommt.

Berlin, 26. Februar. Se. Maj. der König empfing gestern Morgens 9 Uhr den Oberpräsidenten v. Möller zu einer langen Unterredung, ertheilte um 11 Uhr einer aus Köln hier eingetroffenen Deputation Audienz, welche, Adjacenten des dritten Rayons, eine die Erdarbeiten in demselben betreffende Petition überreichten und arbeitete hierauf etwa 4 Stunden mit dem Kriegsminister v. Roon und dem Chef des Militär-Kabinets v. Tresckow. Nach einem Besuche des von Schwerin zurückgekehrten Herzogs Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin machte der König eine Spazierfahrt. Abends 9½ Uhr fand im Königlichen Palais eine musikalische Abend-Unterhaltung statt, zu der die Mitglieder der Königlichen Familie, die hier anwesenden Fürstlichkeiten, Minister, Landtagsmitglieder ꝛc. Einladungen erhalten hatten. Im 1. Theil wirkten mit der Ober-Kapellmeister Taubert, Fr. v. Voggenhuber, die Herren Wachtel und Konzertmeister Stahlknecht und die Mitglieder der französischen Theater-Gesellschaft stellten dar: „Livre 3, chapitre 1."

— Der Professor Mommsen an der hiesigen Universität wird, wie verlautet, in diesem Frühjahre zu wissenschaftlichen Zwecken eine Reise nach Italien antreten.

Schwerin, 25. Februar. Auf die bekannte dem Ministerium des Innern zugesandte Erklärung der Gesellen des Zimmer- und Maurergewerks hat das Ministerium unter Bezugnahme auf die Verordnung vom 29. Oktober 1868 dahin resolvirt, daß die im Großherzogthum wohnhaften oder in Arbeit stehenden Zimmergesellen, soweit sie etwa bei ihrem in der abgegebenen Erklärung ausgesprochenen Entschlusse auch nach weiterer Prüfung der möglichen Folgen desselben beharren sollten, jeder für sich das Band auflösen können, durch welches sie bisher mit dem Zimmeramte verbunden gewesen sind, indem sie nach Erfüllung ihrer etwaigen Verbindlichkeiten gegen das Handwerksamt einzeln dem Amtsvorstande ihren Verzicht auf das Recht eines zünftigen Gesellen ordnungsmäßig schriftlich anzeigen.

Ausland.

Wien, 24. Februar. Die „Presse" schreibt: Gutem Vernehmen nach haben die türkische wie die griechische Regierung sich bereit erklärt, den von der Konferenz vorgeschlagenen Modus, um zur Wiederherstellung ihrer diplomatischen Beziehungen zu gelangen, anzunehmen. Indessen können nicht wohl die bisherigen Vertreter in Athen und Konstantinopel, Photiades Bey und Delyannis, namentlich nicht der Letztere, ihre Posten behalten. Da nun aber es der griechischen Regierung nicht leicht fallen dürfte, eine geeignete Persönlichkeit zu ihrer Vertretung bei der Pforte zu finden, so dürften immerhin noch einige Wochen vergehen, bis die diplomatischen Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland wieder vollständig geordnet sind."

Pesth, 25. Februar. Der Kaiser und die Kaiserin werden nächsten Mittwoch hier erwartet. — In Ofen werden die Deputirtenwahlen am 21. März stattfinden; in Pesth sind sie bis zum 23. März verschoben.

Brüssel, 25. Februar. Die Repräsentantenkammer hat das Budget des Justizministeriums mit 62 gegen 42 Stimmen genehmigt.

Paris, 25. Februar. „Public" sagt, Belgien habe die französische Note in sehr geschraubter Weise beantwortet und seine Antwort müsse noch vervollständigt werden.

Paris, 24. Februar. Die Regierung hat an ihre Vertreter im Auslande ein Rundschreiben gerichtet, in welchem sie eine kurze Uebersicht über die Verhandlungen der Konferenz giebt. — Die Nachricht, daß der Vertreter Preußens am hiesigen Hofe, Graf Solms, bezüglich der hannöverschen Legion Schritte bei der französischen Regierung gethan habe, wird für unbegründet erklärt. — „Patrie" meldet, daß in nächster Zeit zwischen Frankreich und Belgien Unterhandlungen betreffs der Verträge mit den Eisenbahn-Gesellschaften stattfinden werden.

Florenz, 25. Februar. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde der von Mellana gestellte Antrag, an den Ausgaben für die Präfektenstellen 50,000 Francs zu ersparen, mit 138 gegen 84 Stimmen verworfen.

London, 25. Februar. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erklärte der Unterstaatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten Otway auf eine Anfrage des Mr. Torrens, der Regierung sei keine amtliche Anzeige über die Verwerfung des Alabama-Vertrages Seitens des nordamerikanischen Senats zugegangen.

Madrid, 25. Februar. In der heutigen Sitzung der Kortes las Serrano ein Telegramm des General Dulce vor, in welchem dieser meldete, daß der Aufstand in Cuba bedeutend verringert sei.

— In der heutigen Sitzung der Kortes hielt Serrano eine Ansprache an die Versammlung, in welcher er zunächst hervorhob, daß er zur Annahme der ihm übertragenen Exekutivgewalt sich nur aus patriotischen Rücksichten veranlaßt gesehen. Redner wies alsdann darauf hin, daß ein Mißbrauch der ihm übertragenen Gewalt unmöglich sei, da mit derselben keine Prärogative, weder das Recht des Veto's, noch das Recht über Krieg und Frieden verbunden seien. Auch würde er diese Prärogative, selbst wenn die Versammlung sie ihm angeboten hätte, nicht angenommen haben. Er hege den Wunsch, sowohl mit der Minorität der Versammlung, als mit der Majorität im Einvernehmen zu handeln. Der Redner schloß: Ich werde auf meinem Posten bleiben, so lange es nothwendig ist. Das Wohl der Nation ist meine einzige Sorge. Ich hege keinen anderen Ehrgeiz, als nach Erfüllung meiner Pflichten gegen das Vaterland ins Privatleben zurückzutreten. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen. Der Deputirte Sorin konstatirte, daß auch die Minorität mit Genugthuung von den Worten Serrano's Kenntniß genommen. Serrano theilte schließlich ein Telegramm aus Cuba mit, nach welchem die Insurrektion im Abnehmen ist und General Dulce sich im Besitze einer zur Deckung der Kriegskosten ausreichenden Summe befindet.

Pommern.

Stettin, 26. Februar. Nachdem die Postunterbeamten zu wiederholten Malen vergeblich um Gehaltsverbesserung, unwiderrufliche Anstellung, Pensionsberechtigung u. s. w. petitionirt haben, richten dieselben jetzt folgenden Antrag an den Reichstag: „Ein hoher Reichstag wolle beschließen, dem Herrn Bundeskanzler die Petition der Postunterbeamten 1) um Gehaltsverbesserung, 2) Pensionsberechtigung, 3) unwiderrufliche Anstellung und 4) Beseitigung der Gehaltsabzüge zur Post-Armenkasse — zur huldvollen Berücksichtigung zu überweisen."

— Die seit dem 23. d. M. begonnene Arbeitseinstellung der Schiffszimmergesellen, bei welcher es sich lediglich um Erzielung eines erhöheten Arbeitslohnes handeln soll, dauert noch fort und führt zu manchen Unzuträglichkeiten, indem die Baumeister wegen Mangel an Leuten nicht einmal im Stande sind, kleinere und unaufschiebbare Reparaturen ausführen zu lassen.

— Nach einer kriegsministeriellen Bestimmung sollen die Landwehr-Bezirks-Kommandobehörden in Zukunft Mannschaften des Beurlaubtenstandes, welche nicht Reserve-Offiziere zu werden wünschen, oder welche sich hierzu nicht qualifiziren, ebenso auch von einer Beförderung zu Vice-Feldwebeln, bezüglich Vice-Wachtmeistern ausschließen.

— Der Predigtamts-Kandidat, Konrektor Liebenow zu Ratzebuhr, ist zum Pastor an den Gemeinden in Schwessin, Peterkau und Darsen erwählt, der Hülfsprediger Otto Wilhelm Ziemssen, bisher zu Neumark, zum Diakonus in Wyk auf Wittow und der Diakonus und Rektor Zechlin, bisher in Cörlin, zum Pastor in Groessin, Synode Schivelbein, ernannt, endlich der Lehrer Berkholz in Ueckermünde zum Kantor an der dortigen Stadtkirche gewählt. Sämmtliche Personen sind in ihre neuen Aemter eingeführt worden.

— Am Gymnasium zu Neustettin ist zum 1. April d. J. der Oberlehrer Dietlein zum Prorektor befördert, der Gymnasiallehrer Dr. Dorschel in Greifswald zum ordentlichen Lehrer berufen worden.

— Die erledigte Kreis-Sekretär-Stelle beim Königlichen Landraths-Amte in Labes ist dem bisherigen Civil-Supernumerar Ludwig Karl Friedrich Barkow verliehen.

— In der zu Schellin, Greifenberger Kreises, bestehenden Ackerbauschule zur Ausbildung junger Leute für bäuerliche und sonstige kleine Wirthschaften, ist eine Aufnahme von Schülern vom 1. April cr. ab zulässig, welche in der Anstalt über Wirthschaftsführung und Haushaltung, insbesondere Behandlung des Wiesenbaues, Garten- und Handelsgewächsbaues, des Düngers und Mergels, Nachhülfe im Schreiben und Rechnen, ferner in der Thierarznei- und Pflanzenkunde und anderen nützlichen Fertigkeiten Unterricht erhalten. Für den Unterricht ist grundsätzlich ein dreijähriger Lehrkursus bestimmt, jedoch soll auf Verlangen die Entlassung aus der Anstalt schon im zweiten Jahre nach einer sechsmonatlichen Kündigungsfrist erfolgen können. Meldungen zur Aufnahme nimmt Hr. v. Schmidt zu Schelln entgegen.

— Der Herr Finanzminister Excellenz haben den Königlichen Förstern Levin zu Bahrenbruch, in der Oberförsterei Friedrichswalde, und Radloff zu Bollenthin, in der Oberförsterei Golchen, das Ehren-Portepee verliehen.

— Es sind versetzt: der Telegraphen-Direktor Schrötter von Königsberg in Pr. nach Stettin, der Telegraphen-Direktor Merling von Stettin nach Königsberg in Pr., der Telegraphen-Direktions-Sekretär Schröder, Behufs kommissarischer Verwaltung einer Telegraphen-Direktions-Raths-Stelle, von Schwerin (Mecklenburg) nach Stettin, der Telegraphen-Direktions-Sekretär Burchardt von Stettin nach Berlin, der Ober-Telegraphist Nesener, Behufs Verwaltung einer Telegraphen-Sekretär-Stelle, von Berlin nach Stettin, der Ober-Telegraphist Brämer als Stations-Vorsteher von Stettin nach Dirschau, und der Telegraphen-Sekretär Baumann als Stations-Vorsteher von Stettin nach Beuthen in Oberschlesien. Zu Ober-Telegraphisten sind ernannt: die Telegraphisten Fröster, Witt, Nagel, Henckel, Hermes, Böttcher, Belde und Dirk in Stettin.

Vermischtes.

Berlin. Bei der Feier des fünfundzwanzigjährigen Bestehens des Kroll'schen Etablissements, wo auch Se. Majestät der König und Seine Königliche Hoheit der Kronprinz anwesend waren und sich außerordentlich anerkennend sowohl über das Arrangement des Festlokals, als über den Verlauf des Festes aussprachen, wurde in „Spilleke in Paris" folgendes interessante Gedicht von Herrn Formes vorgetragen:

Lied vom Unterschiede
von G. Belly.

Ein junger Opernsänger hat 'ne Stimme rein wie Gold;
Dem ist das ganze Publikum und auch das Schicksal hold.
Er lebt, obgleich man oft ihn warnt, in ew'gem Saus und Braus;
Laßt mich, sagt er, denn bald ist ja die schöne Jugend aus!
In abgeriss'nem Rock zieht er da von Haus zu Haus,
Für wen'ge Groschen da ertönt jetzt zur Guitarr' sein Lied
Ja, ein paar Jahr' machen oft 'nen großen Unterschied
Wenn früher in der Stadt Berlin 'ne Feuersbrunst ausbrach,
Da blies der Wächter Feuerlärm und schrie das Viertel wach
Die Löschmannschaft kam langsam hin zur Stell' wo's Haus nicht stand,
Denn ach, bis auf das Fundament war's nieder schon gebrannt.
Jetzt sieht mit Fackeln un Geläut' man sausen ein Schaar,
Und erst wenn's Feuer aus, erfährt der Wirth von der Gefahr,
Er bleibt im Bett' und gähnt und schließt aufs Neu' das Augenlid,
Scabell mit seiner Feuerwehr macht 'nen großen Unterschied.
Als ich zur Schule ging, da wurde immer uns gelehrt,
Daß Preußen an der Ostsee läg', dem Norden zugekehrt,
Dagegen aber läge, lehrte man uns, die Türkei
Im südlichsten Europa und bei Asien dicht dabei.
Jüngst hat in Frankreich ein Genie im Gegentheil entdeckt.
Daß Preußens Grenze sich bis hin zur türk'schen Grenz' erstreckt,
Er fand, daß sich die Spree bis nach Konstantinopel zieht:
Ob Panke oder Bosporus — das ist kein Unterschied.
Es war ein Land, das kräftig stets in blühendem Gedeih'n,
Es herrschten Handel dort und Kunst in glücklichstem Verein,
Und doch sah man im Ausland oft, obgleich manch Jahr verrann,
Dies schöne kräft'ge reiche Land, geringschätzend nur an
Da kam 'ne Zeit, in der das Land sich mächtiglich erprobt,
An seines muth'gen Führers Hand, als Kampf und Krieg getobt,
Das Ausland jetzt mit anderm Blick sich jenes Land ansieht:
Ja, sieben Tage machen oft 'nen großen Unterschied!
Ein frischer Frühlingshauch flog jüngst durch Deutschlands Gauen hin,
Und neues Leben blüthe auf — ein neuer kräftiger Sinn,
Doch noch herrscht unter Nord und Süd des Mißtrauns trüber Bann,
Noch immer schließt der Deutsche sich nicht an den Deutschen an.
O ginge doch im Strahlenglanz, in goldig frohem Lauf,
Die Sonne uns der Einigkeit, die schöne Sonne auf,
Schwind endlich doch der Zwietracht Spur, die Herz vom Herzen zieht,
O wäre zwischen Deutsch und Deutsch doch bald kein Unterschied.

— (Der Knabe Handke.) Die Krisis, welche, wie bereits berichtet, am Sonnabend in dem Befinden des Knaben Handke eintrat, ist durch die außergewöhnlich kräftige Natur desselben wider Erwarten schnell überwunden worden, so daß seine vollständige Wiederherstellung nunmehr außer Zweifel steht. Das hitzige Fieber, von welchem der Knabe befallen war, hat wenig über einen Tag angehalten und einer rasch fortschreitenden Genesung Platz gemacht. Dem Wunsche seiner Eltern, das Kind wieder in eigene Pflege zu nehmen, so wie dem Verlangen des Knaben selbst, in's Vaterhaus zurückzukehren, steht demnach kein Hinderniß mehr entgegen, und die Entlassung desselben aus Bethanien wird daher bestimmt in diesen Tagen erfolgen. Die Gönner des unglücklichen Knaben, welche bereits eine bedeutende Summe für denselben beschafft hatten, haben dafür Sorge getragen, daß es ihm bei der Entlassung aus dem Krankenhause nicht an den erforderlichen Kleidungsstücken und ähnlichen Bedürfnissen mangelt. — v. Zastrow verbleibt noch immer hartnäckig beim Leugnen, obwohl die Beweise seiner Schuld sich mit jedem Tage mehren.

— Man schreibt aus Mainz vom 20. Februar: „Die Noth der durch den Theaterbrand in Köln hart Betroffenen erheischt dringend schleunig Hülfe. Die Direktion unseres Stadttheaters veranstaltet daher am Montag eine Benefizvorstellung für die durch jenes Unglück Geschädigten. Dr. Roderich Benedix hat versprochen, bei dieser feierlichen Veranlassung einmal selbst wieder die Bühne zu betreten, und zwar als Präsident Felseck in seinem Stücke: „Die Neujahrsnacht."

Börsen-Berichte.

Stettin, 26. Februar. Witterung: Morgens regnig, später schön. Wind W. Temperatur + 5° R.

An der Börse.

Weizen behauptet, pr. 2125 Pfd gelber inländ. 67 bis 69 Rt, bunter polnischer 65—68 Rt, weißer 68 bis 72 Rt, ger. ungar. 58—65 Rt, 83—85pfd. per Frühj. 68¼, ½ Rt bez. u. Br., Mai-Juni 69 Rt bez. u. Br.

Roggen behauptet, per 2000 Pfd. loco 49¼—50¼ Rt, Febr. 50 Rt nom. Frühj. 49½, ¾ Rt bez., Mai-Juni 49¾, 50 Rt bez., Juni-Juli 51 Rt Br., 50¾ Gd., Juli-August 50½ Rt Br.

Gerste matt, pr. 1750 Pfd. loco ungarische 40—46 Rt, pomm. 47—49 Rt.

Hafer unverändert, pr. 1300 Pfd. loco 33½—34½ Rt, per 47—50pfd. Frühj. 33¾ Rt Br., Mai-Juni 34 Br. u. Gd.

Erbsen pr. 2250 Pfd. loco Futter- 55—56 Rt, Koch- 56½—57½ Rt, Frühj. Futter- 56 Rt Br.

Mais per Centner loco 2 Rt 1 Sgr ab Bahn bez.

Winterrübsen pr. Septbr.-Oktbr. 79 Rt bez. u. Gd.

Rüböl matt, loco 9⅚ Rt Br., März-April, April-Mai 9¾ Rt Br., 9⅔ Gd., Septbr.-Oktober 10 1/12 Rt bez. u. Gd., ⅙ Br.

Spiritus matt, loco ohne Faß 14⅔, 7/12 Rt bez., kurze Lieferung 14¾, 17/24 Rt bez., Februar-März 14⅔ Rt nom., Frühjahr 14⅚ Rt bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 15 Rt Gd., Juni-Juli 15¼ Rt Gd.

Regulirungspreise: Weizen 68½, Roggen 50, Rüböl 9¾, Spiritus 14⅔.

Stettin, den 26 Februar.

Hamburg	6 Tag.	151¼ bz
"	2 Mt.	—
Amsterdam	8 Tag.	142 G
"	2 Mt.	—
London	10Tag.	6 25 bz
"	3 Mt.	6 23½ B
Paris	10 Tg.	81⅔ B
"	2 Mt.	81⅓ B
Bremen	3 Mt.	—
St. Petersbg.	3 Wch.	—
Wien	8 Tag.	—
"	2 Mt.	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %
Sts.-Anl.5457	4½	—
" "	5	—
St.-Schldsch.	3½	—
P. Präm.-Anl.	3½	—
Pomm. Pfdbr.	3½	—
" "	4	—
" Rentenb.	4	—
Ritt. P.P.B.A.	4	—
Berl.-St. E. A.	4	—
" Prior.	4	—
" "	4½	—
Starg.-P. E. A.	4½	—
" Prior.	4	—
St. Stadt-O.	4½	92½ B
St. Börsenhaus-O.	4	—
St. Schauspielh.-O.	5	100 B
Pom. Chausseeb.-O.	5	102 B
Greifenhag. Kreis-O.	5	—
Pr. National-V.-A.	4	114½ B
Pr. See-Assecuranz	4	—
Pomerania	4	120 B
Union	4	110 B
St. Speicher-A.	5	—
Ver.-Speicher-A.	5	—
Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
N. St. Zuckersied.	4	160 B
Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Bredower "	4	—
Walzmühle	5	—
St. Portl.-Cementf.	4	—
St. Dampfschlepp G.	5	—
St. Dampfschiff-V.	5	—
Neue Dampfer-C.	4	97 B
Germania		103 B
Vulkan		150 B
St. Dampfmühle	4	106 B
Pommerensd. Ch. F.	4	—
Chem. Fabrik-Ant.	4	—
St. Kraftdünger-F.	—	—
Gemeinn. Bauges	5	100 B
Grabow Stadt-Obl.	5	—